

Wortprotokoll zu TOP 28 und zu TOP 45 i. V. m. TOP 46, 60 und 64

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

92. Sitzung
9. Juni 2021

Beginn: 12.02 Uhr
Schluss: 20.24 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD),
zeitweise Andreas Statzkowski (CDU)

Punkt 28 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|--|
| a) | Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3283
Gesetz zur Änderung des
Bezirksverwaltungsgesetzes und zur Änderung
anderer Gesetze | 3348
Haupt
InnSichO(f)
KTDat* |
|----|--|--|

Es liegt eine Beschlussempfehlung des Ausschusses InnSichO vom 17.05.2021 vor, die Vorlage – zur Beschlussfassung – anzunehmen (mehrheitlich mit SPD, CDU, LINKE, GRÜNE und AfD gegen FDP).

Hinweis: Das Wortprotokoll der Anhörung in der 91. Sitzung am 26.05.2021 liegt vor und ist verteilt worden.

- | | | |
|----|--|---------------------------------|
| b) | Zwischenbericht SenInnDS – I A 21 – vom 01.06.2021
Gesetz zur Änderung des
Bezirksverwaltungsgesetzes und zur Änderung
anderer Gesetze
hier: Beantwortung der Berichtsaufträge
(Berichtsauftrag aus der 91. Sitzung vom 26.05.2021)
m.d.B. um Fristverlängerung bis zum 07.06.2021 | 3348 A
Haupt |
|----|--|---------------------------------|

- c) Bericht SenInnDS – I A 21 – vom 02.06.2021 [3348 B](#)
Gesetz zur Änderung des
Bezirksverwaltungsgesetzes und zur Änderung
anderer Gesetze
hier: Beantwortung der Berichtsaufträge
(Berichtsauftrag aus der 91. Sitzung vom 26.05.2021)
Haupt
- d) Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke [3348 C](#)
und Bündnis 90/Die Grünen zur
Vorlage – zur Beschlussfassung -
Drucksache 18/3283
Gesetz zur Änderung des
Bezirksverwaltungsgesetzes und zur Änderung
anderer Gesetze
(als Tischvorlage in der Sitzung verteilt)
Haupt

Vorsitzende Franziska Becker: Gibt es Wortmeldungen? – Herr Schneider, bitte!

Torsten Schneider (SPD): Inhaltlich macht das Kollege Hochgrebe, wenn da etwas zu diskutieren ist. Ich möchte aber auf Folgendes hinweisen: Wir haben uns auch auf der Sprecherbene dazu miteinander ausgetauscht. Die Koalition beantragt ja hier unter anderem in 1., Artikel 1 zu ändern. Das betrifft § 7 a – Rat der Vorsteherinnen und Vorsteher –. In diesem Änderungsantrag lautet dort der letzte Satz im zweiten Absatz: „Dies gilt auch für Gesetzesanträge aus der Mitte des Abgeordnetenhauses.“ Hierbei handelt es sich um ein Versehen. Gemeint ist die Formulierung: „Dies gilt nicht für Gesetzesanträge aus der Mitte des Abgeordnetenhauses.“ Ich bitte das, was ich jetzt gesagt habe, im Wortprotokoll festzuhalten.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay, also ein redaktioneller Fehler. Wir ersetzen das „auch“ durch „nicht“ – mit der Bitte, das entsprechend festzuhalten. Wortprotokoll! – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Hochgrebe, bitte schön!

Christian Hochgrebe (SPD): Danke, Frau Vorsitzende! – Jetzt möchte ich inhaltlich noch ein oder zwei Punkte ergänzen zu dem, was Kollege Schneider schon zu dem redaktionellen Versehen festgestellt hat. Denn das Gesetzespaket rund um das Bezirksverwaltungsgesetz ist für die Koalition in der Tat ein wichtiger Schritt, weil wir die gesamtstädtische Verwaltungssteuerung der Bezirke und auch die Verwaltungsabläufe in den Bezirken schließlich nachhaltig verbessern wollen und werden, um das Land Berlin noch zukunftsfähiger zu machen.

Wir haben bereits im Mai 2019 gemeinsam den Zukunftspakt Verwaltung beschlossen, und ich meine, dass wir mit diesem Gesetz jetzt einen wichtigen Schritt in die Umsetzung dieses Zukunftspakts Verwaltung gehen. Wir haben ja auch in diesem Haus keine Mühen gescheut, um das hier umzusetzen. Wir haben den RdB beteiligt, wir haben die BVVen beteiligt, wir haben im Bezirksausschuss Anhörungen durchgeführt, im Innenausschuss eine Anhörung durchgeführt und auch hier im Hauptausschuss Anhörungen durchgeführt.

Wir schaffen jetzt eine Rechtsgrundlage für den Abschluss von Zielvereinbarungen beispielsweise zwischen Hauptverwaltungen und Bezirken. Zielvereinbarungen sollen ein zentrales Instrument bei der gesamtstädtischen Steuerung der Berliner Verwaltung werden. Wir

schaffen darüber hinaus eine klare Strukturierung der Geschäftsbereiche der Bezirksstadträtinnen und Bezirksstadträte, damit wir es schaffen, auf allen Ebenen die amts- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit zu verbessern, nicht zuletzt auch, damit die kommunale und auch die Landesebene besser zusammenarbeiten können.

Wir wollen das Bezirksamt um ein weiteres Mitglied erweitern. Das ist ein wichtiger Punkt, den wir hier noch mal ansprechen müssen, um für die Erfüllung der zunehmenden Aufgaben der wachsenden Stadt – auch das ist ja ein Thema, das wir hier immer haben – gewappnet zu sein. Wir haben beispielsweise im Bezirk Pankow 400 000 Einwohner, wir haben in den letzten fünf Jahren 2 000 zusätzliche Beschäftigte in den Berliner Bezirken hinzugewonnen, und ich glaube, dass es daher angemessen und erforderlich ist, dass wir die Bezirksämter entsprechend um ein Mitglied erweitern.

Wir stärken aber auch die Bezirksverordnetenversammlungen, die unsere kommunalen Parlamente sind. Wir stärken das Akteneinsichtsrechte der Bezirksverordneten, um letztlich auch die Kontrolle des Bezirksamts zu verbessern. Wir stärken die Rechtsstellung der Bezirksverordnetenversammlungen, dass sich das Bezirksamt künftig eingehender und schneller mit Beschlussempfehlungen der BVVen befassen muss. Wir haben gerade in der Coronapandemie gesehen, wie wichtig beispielsweise Bild- und Tonübertragungen sind und wie viele Menschen plötzlich den Sitzungen der BVVen folgen. Auch dafür schaffen wir eine Rechtsgrundlage – für die Bild- und Tonübertragungen.

Deswegen glaube ich insgesamt, dass das heute ein wichtiger Meilenstein ist. Wir machen einen großen Schritt bei der Umsetzung des Zukunftspakts Verwaltung und geben damit die Richtung für die Weiterentwicklung dieses Zukunftspakts und für die anstehende Verfassungsdiskussion vor, die wir uns gemeinsam für die nächste Legislaturperiode vorgenommen haben. Deswegen werbe ich hier für die Zustimmung.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schmidt, bitte!

Stephan Schmidt (CDU): Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier von einem Meilenstein zu sprechen in Bezug auf den Verwaltungspakt, ist vielleicht ein bisschen hochgegriffen. Es sind immerhin im wesentlichen vier Projekte, die jetzt umgesetzt worden sind. Da hätte man sich in den fünf Jahren in der Summe sicherlich ein bisschen mehr vorstellen können und auch wünschen können im Interesse daran, Berlin fit zu machen in Bezug auf die Verwaltung. Nichtsdestotrotz halten wir das Gesetz für zustimmungsfähig. Wir werden also dem zustimmen, und auch den vorliegenden Änderungsanträgen werden wir zustimmen, weil wir die Erweiterung des Bezirksamtes auf sechs Mitglieder vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt auch für sachgerecht halten.

Wir finden, dass die Stärkung der Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister unterhalb der Schwelle einer Verfassungsänderung weitestgehend umgesetzt worden ist, wie sie angekündigt wurde. Man hätte aber auch den Mut haben können und zumindest politisch mehr diskutieren können, ob eine Verfassungsänderung nicht doch möglich gewesen wäre. Das Thema Zielvereinbarung ist geeignet, in ausreichender Weise die Rahmenbedingungen zu gleichen Qualitätsstandards in den Bezirken zu definieren. Allerdings werden wir bei den Ämterstrukturen bzw. bei der Vereinheitlichung auf allen Ebenen schon darauf achten müs-

sen, was die Zukunft uns zeigt, ob das ausreicht oder ob wir das Gesetz zu einem späteren Zeitpunkt hier und da nachbessern müssen.

Bei dem Thema, das wir auch in der Anhörung hier im Hauptausschuss, aber eben auch in der Diskussion und in der Anhörung im Unterausschuss Bezirke besprochen haben, nämlich die Rolle der Vorsteherinnen und Vorsteher ist das – manchmal ist eine Lesepause ganz gut, wenn dann ein nicht ganz unwesentliches Wörtchen ersetzt wird –, ist es auch in Ordnung, dass wir hier entsprechend eben halt den Beteiligungsprozess noch mal in das Gesetz hineinschreiben. Das Thema Ordnungsgeld hatten wir in der Anhörung auch in der Diskussion, und hier ist dann auch entsprechend darauf reagiert worden – und eben auch bei den Ämterstrukturen. Da fehlte ja noch hier und da was, das wurde jetzt nachgebessert, und dem können wir an der Stelle eben auch folgen.

Unter dem Strich ist es natürlich gut, dass wir das in der Legislaturperiode hinbekommen haben, aber in Sachen Verwaltungsreform insgesamt sind vier Projekte von, ich glaube, 27 kein Meilenstein, sondern eine Halbmeile vielleicht. Aber wir sind auf einem guten Weg, und soweit wir das hier begleiten können, tun wir das – mit viel Luft nach oben natürlich. Das möchte ich dann noch mal festhalten.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Dr. Schmidt – bitte schön!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Vielen Dank! – Herr Schmidt, auch eine halbe Meile sind viele Schritte. Vielleicht einigen wir uns darauf, dass wir mit dieser Reform einen ersten, aber sehr wichtigen Schritt gegangen sind. Vorstellen kann man sich immer mehr, das ist gar keine Frage, aber ich denke schon, dass wir hier, so wie es auch mein Kollege Herr Hochgrebe gesagt hat, eine Menge Dinge angefasst haben – unterhalb der Verfassungsschwelle –, und klar ist auch, dass wir hieran weiterarbeiten müssen. Das wird aber nicht gehen, ohne dass man sich auch noch mal über die Verfassung und entsprechende Änderungen miteinander hier im Parlament verständigt und dann um entsprechende Mehrheiten wirbt.

Dennoch will ich noch mal Folgendes deutlich machen: Jenseits dessen, was jetzt Herr Hochgrebe schon gesagt hat, waren noch mal unsere Bezirksverordneten, die eine wichtige ehrenamtliche Arbeit machen, der Punkt. Sie sind keine Parlamentarier, auch wenn sie sich manchmal gern so sehen, das ist schon richtig so, aber dennoch leisten sie wichtige und wertvolle Arbeit vor Ort, und auch da ging es uns noch mal darum, die Verordneten zu stärken, auch in den Kompetenzen zu stärken, auch in den Pflichten zu stärken, die ein Bezirksamt gegenüber den Verordneten hat.

Es ging auch noch mal darum, die Vorsteher mit einem Rat der Vorsteher zu stärken. Auch die haben vor Ort eine wichtige Rolle, auch wenn wir natürlich hier immer in dem Rahmen bleiben müssen, dass natürlich eine BVV Teil der Verwaltung ist und nicht wie wir ein Parlament in dem Sinne. Aber nichts hindert uns daran, trotzdem an einigen Stellen deren Kompetenzen noch mal zu stärken. Ich glaube, das ist auch in einem ersten Schritt mit diesem Änderungsantrag gelungen. Deshalb werbe auch ich dafür – es wurde schon gesagt –, dass wir heute mit breiter Zustimmung zu diesem Gesetz hier rausgehen und damit auch deutlich machen, dass wir nicht nur die Bezirke und die Bezirksämter stärken wollen, sondern dass wir vor allem auch einen Weg finden wollen, die Arbeit der ehrenamtlichen Bezirksverordneten wertzuschätzen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Förster – bitte!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank! – Das ist ja auch ein langer Prozess, der heute zum Ende kommt. Ich will auch sagen, dass ich mir durchaus hätte mehr vorstellen können, will aber auch sagen, dass das, was auf dem Tisch liegt, nicht verkehrt ist und in die richtige Richtung geht. Ich will bei der Kollegin Dr. Schmidt anknüpfen, dass gerade die Stärkung der BVVen und die Präzisierung dessen, was die BVVen können und was sie sozusagen an Kontrollrechten durchsetzen dürfen, wichtig und sinnvoll ist. Das will ich ausdrücklich festhalten.

Ich habe mich früher als Bezirksverordneter oft darüber geärgert, dass man drei Monate keine Antwort auf eine schriftliche Anfrage bekam. Das ist hier im Abgeordnetenhaus natürlich wesentlich komfortabler geregelt. Die Regelungen der Akteneinsichtsrechte, der Rechtsstellung, all dieser Fragen, und eben eine Mindest- bzw. Höchstvorgabe zu den Beantwortungsfristen für Anfragen sind etwas, was viel Frustration nehmen kann und was auch durchaus in die richtige Richtung geht. Das ist vollkommen klar.

Wir finden auch prinzipiell gut, dass wir jetzt endlich bei der einheitlichen Abteilungsstruktur weiterkommen. Ich sehe aber dann bei sechs Ämtern, die noch frei verschoben werden können, noch zu viele Ausnahmen. Das ist auch das Wasser, das ich in den Wein kippen will, denn wir haben am Ende dann auch wieder Konstellationen, die dazu führen können, dass zum Beispiel, wenn man das konsequent anwendet, der Bezirksbürgermeister wieder die Hälfte der Ämter hat oder so etwas, also wenn man das entsprechend konsequent zurechtschiebt. Das ist, wenn man die Arbeitsbelastung gleichmäßig auf künftig sechs Stadträte verteilen will, mit zu viel Wahlfreiheiten verbunden.

Am Ende gibt es ja zwei Möglichkeiten – dazu können wir uns in den nächsten fünf Jahren ein Urteil bilden –: Entweder die sechs Ämter, die man flexibel verschieben kann, landen sowieso überall in den gleichen Strukturen. Dann können wir die das nächste Mal auch festschreiben. Das vermute ich ja. Oder aber sie werden wild verteilt, und dann müssen wir das nächste Mal auch eine Einheitlichkeit festlegen, weil wir sonst wiederum keine Vergleichbarkeit haben.

Das ist auch das berühmte Thema bei den Zielvereinbarungen. Ich bin auch nicht ganz so optimistisch. Ich finde Zielvereinbarungen prinzipiell ein gutes Instrument, und wenn wir in den Anhörungen auch im Unterausschuss Bezirke von den Bezirksbürgermeistern und Bezirksstadträten hören, brauchen sie das alles gar nicht, ist es lästig, und am Ende kommt nicht viel dabei heraus. Dazu hat ja Kollege Ziller sehr hartnäckig nachgefragt und das Thema Zielvereinbarungen immer wieder thematisiert. Das fand ich auch gut, aber am Ende muss es mehr als eine leere Hülse sein, im Sinne von: Wir schließen das ab, heften das ab, und das war es dann. – Dann brauchen wir auch keine Zielvereinbarung. Es muss auch etwas dabei herauskommen, was die Erwartungen, die wir damit verbinden können, erfüllt.

Die Stärkung des Bezirksbürgermeisters ist auch in Ordnung. Die bisherige Rolle als Primus inter Pares – und dann überhaupt nichts anweisen und entscheiden zu können –, das ist in der heutigen Verwaltungssituation nicht mehr ganz zeitgemäß gewesen. Uns ist auch klar, dass wir beim Thema Verfassungsänderung auf einer anderen Ebene gewesen wären, ich will aber ganz klar sagen, dass auch die Aufgabe, das politische Bezirksamt einzuführen, nach wie vor eine ist, die auch die FDP-Fraktion unterstützen würde. Das ist auch sinnvoll, denn wir wer-

den vermutlich erleben – auch mit dem sechsten Stadtrat, und der ist von der Annahme her nicht verkehrt –, wenn man die jetzigen vagen Umfragen und Prognosen zugrunde legt, dass wir zwei Bezirke haben, wo auch bei sechs Stadträten diese künftig von sechs Parteien gestellt werden. Wir haben jetzt schon in Pankow fünf Stadträte von fünf Parteien, und es könnte sogar beim nächsten Mal dazu kommen, dass wir in zwei Bezirken sogar sechs Stadträte von sechs Parteien haben, je nachdem, wie es ausgeht. Das führt natürlich auch nicht zu mehr Miteinander, sondern zum Teil auch ein Stück weit zu einer Unregierbarkeit, wenn man dann fast alle Parteien da drin hat. Also das Thema des politischen Bezirksamts kommt weiterhin auf die Agenda.

Unter dem Strich ist durchaus eine Menge gelungen, aber es gibt auch Dinge, die wir kritisch sehen. Wir können uns da zu einer Enthaltung durchringen. Wir hätten uns an der einen oder anderen Stelle mehr vorstellen können – das hatte ich ja gerade ausgeführt –, aber auch nicht alles, was drin steht, ist falsch. Vieles ist auch vernünftig. Insofern werden wir uns da enthalten. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Jetzt bitte Herr Hofer!

Torsten Hofer (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich wollte nur noch mal Ihren Blick auf die Seite 2 des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen lenken. Da ist dieser § 11, und da wird also eingefügt: „Kleine Anfragen sind durch das Bezirksamt grundsätzlich innerhalb von fünf Wochen schriftlich zu beantworten und dürfen nicht allein wegen ihres Umfangs zurückgewiesen werden. Das Nähere regeln die Geschäftsordnungen der Bezirksverordnetenversammlungen.“ – Ich frage das jetzt nur, um das klarzustellen – auch für das Protokoll. Ich komme aus dem Bezirk Pankow, war da auch 14 Jahre lang Bezirksverordneter. Wir hatten in der Geschäftsordnung eine Regelung, dass Kleine Anfragen – so heißt es ja in der BVV – innerhalb von zwei Wochen zu beantworten sind. Ich hatte bei mir auch immer den Eindruck, dass es geklappt hat. Ich habe jetzt gehört, dass man in Treptow-Köpenick da auch drei Monate warten kann. Also ich würde das so verstehen, dass das hier so eine Rückfallregelung ist, und das bedeutet, dass die Anfrage spätestens innerhalb von fünf Wochen zu beantworten ist, aber wenn in der Geschäftsordnung die Frist von zwei Wochen drinsteht, dann gilt das vorrangig. Denn ich finde, dass für einen Bezirksverordneten oder eine Bezirksverordnete fünf Wochen doch eine lange Zeit sind. Man stellt ja nicht ohne Sinn so eine Anfrage. Man möchte ja die Antwort haben, möchte damit politisch arbeiten, und dann will ich nicht, dass ein Bezirksamt kommt und sagt: Die Antwort bekommst du erst in fünf Wochen. – Ich finde schon, dass die BVVen das auch verkürzen können. Das ist meine Meinung. Wer weiß, was hier intendiert war!

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Klein – bitte!

Hendrikje Klein (LINKE): Vielen Dank! – Ganz genau so! Es gibt eben viele Bezirksamter bzw. BVVen, wo es keine internen Fristen gibt, und da wartet man teilweise ein Leben lang auf die Antwort auf schriftliche Anfragen. Es kommt eben auf die Anfrage an. Manchmal betrifft es ein Leistungsamt, was gerade so Land unter hat, wo man auch wirklich mal eine Frist von fünf Wochen geben kann. Das ist meine Meinung. Unsere 3-Wochen-Frist hier im Abgeordnetenhaus: Da würde ich manchmal zwei Wochen mehr geben, damit der Senat mehr Zeit hat, eine etwas fundiertere Antwort zu geben. Drei Wochen sind da manchmal knapp.

Nichtsdestotrotz, wie Herr Hofer sagt, kann die Geschäftsordnung dann intern auch sagen, dass es natürlich schneller geht. Aber die Regelung in dem Gesetz hilft erst mal den BVVen, die im Moment lebenslänglich auf Antworten warten. – [Heiterkeit] –

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider – bitte!

Torsten Schneider (SPD): Wenn wir jetzt das Institut der Gesetzesauslegung dadurch in Stellung bringen wollen, dass wir den Willen des Gesetzgebers perpetuieren, dann müssen wir uns da erstens einig sein, und dann muss das auch im Plenum in der zweiten Lesung verkündet werden, oder wir müssen das gesetzlich festhalten – zum Beispiel mit dem Wort „spätestens“.

Ich habe an diesen Verhandlungen nicht teilgenommen, aber in der normalen Auslegung bedeutet „grundsätzlich fünf Wochen“, dass es in Ausnahmefällen auch mal länger dauern darf. Das muss dann möglicherweise erklärt werden. Jetzt ist aber die Frage im Raum – durch die Formulierung: „Das Nähere regeln die Geschäftsordnungen der Bezirksverordnetenversammlungen.“ –, ob die Geschäftsordnung wiederum vorschreiben kann: Es muss aber vorher da sein. – Da habe ich erhebliche Zweifel.

Deswegen würde ich mal vorschlagen, dass wir das entweder klären, indem wir sagen: Das heißt jetzt aber immer „spätestens“. – Da will ich aber niemandem, der hier verhandelt hat, reinquatschen. Oder wir denken darüber gemeinsam noch mal nach, weil wir ja offensichtlich alle das gleiche Problembewusstsein haben – bis zum Plenum. Ich will das nur hier formulieren. Das muss jedenfalls irgendwo verschriftlicht sein, weil ich aus der normalen Gesetzesformulierung diese Auslegung, die hier politisch im Raum steht, so noch nicht erkennen kann.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny – bitte!

Christian Goiny (CDU): Ich will mich da jetzt auch nicht einmischen, weil ich an den Bezirksdiskussionen auch nicht teilgenommen habe, obwohl ich selbst lange Bezirksverordneter war, aber ich finde, wenn wir uns hier einig sind, die Formulierung „spätestens“ eigentlich vernünftig. Dann ist klargestellt, dass es da, wo es in der Geschäftsordnung „zwei Wochen“ heißt, weiter okay ist. Und die Frist „fünf Wochen“ ist dann eben das Maximum. Ich finde fünf Wochen für eine kleine Anfrage, was ja normalerweise immer einen Vorgang betrifft, der irgendwie schon im Prozess ist, schon relativ lang. Aber das müssten Sie jetzt koalitionsseitig sagen. Ich kann es nur für die CDU-Fraktion signalisieren: Wir würden mit „spätestens“ auch mitgehen wollen, wenn es für die Interpretation und Auslegung wichtig ist.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Hochgrebe – bitte!

Christian Hochgrebe (SPD): Frau Vorsitzende! Wir haben gerade versucht, uns mit Handzeichen zu verständigen. Ich glaube, es ist in der Tat auch das Ergebnis unserer Gespräche gewesen, dass es der Wille war, den wir versucht haben zum Ausdruck zu bringen: Also wir haben überlegt, was eigentlich eine Frist ist, mit der wir angemessen auf der einen Seite dem Bedürfnis der Verordneten Rechnung tragen, wie es Frau Kollegin Klein gerade gesagt hat, nicht bis zum Lebensende auf die Beantwortung ihrer Anfragen zu warten, und mit der wir auf der anderen Seite dem Bezirksamt ausreichend Gelegenheit geben, das angemessen auszuformulieren, und so sind wir dann eben im Rahmen eines iterativen Prozesses auf die fünf

Wochen gekommen. Ja, gemeint war aber in der Tat: Das soll eine Spätestens-Formulierung sein, und wenn ich jetzt hier auch vom Kollegen Ziller kein Kopfschütteln sehe – er hebt den Daumen –, dann können wir das so machen, weil es so gemeint war. Ansonsten wäre es wohl in der Tat so, wie Torsten Schneider gesagt hat: Im Wege der Gesetzesauslegung würde man hier wohl zu einer anderen Auslegung kommen, würde dieses Wort fehlen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider!

Torsten Schneider (SPD): Wie gesagt, ich will mich nicht einmischen, aber einverstanden! Ich glaube aber trotzdem, es genügt immer noch nicht, um den Bezirksverordnetenversammlungen im Wege der Geschäftsordnungshoheit zu erlauben, auch eine Frist unter fünf Wochen verbindlich zu regeln. Das sagt mir mein Gefühl. Da würde es mir zum Beispiel genügen, wenn das einer oder alle im Plenum sagen, damit es im Protokoll steht. Das hilft für die Auslegung. – [Christian Goiny (CDU): Aber wenn man das jetzt reinschreibt!] – Wenn wir jetzt „spätestens“ reinschreiben, heißt das noch lange nicht, dass eine Bezirksverordnetenversammlungen verbindlich regeln kann: Bei uns in Pankow muss es zwei Wochen sein. – Das ist mein Problem, weil „spätestens“ gibt einen Ermessensspielraum für die beantwortenden Bezirksämter, aber noch keine Verkürzungskompetenz, jedenfalls aus dem Gesetzeswortlaut – – [Zuruf von Christian Goiny (CDU)] – Also wir denken darüber nach. Wir sind uns jetzt hinsichtlich „spätestens“ einig, und den Rest nehmen wir mal mit in den Prozess. Ja?

Vorsitzende Franziska Becker: Okay. – Diesen Antrag würden wir dann jetzt mal festhalten im Protokoll. – [Zurufe] – Dann haben wir jetzt zwei Änderungsanträge, über die wir abstimmen. Ich gehe jetzt zunächst zur Seite 1 zurück. Da ist das, was ja auch im Wortprotokoll festgehalten wird, dass aus dem „auch“ ein „nicht“ wird. Der betreffende Satz soll also folgendermaßen lauten: „Dies gilt nicht für Gesetzesanträge aus der Mitte des Abgeordnetenhauses.“ – Das ist unter § 7 a), zweiter Absatz, der letzte Satz. – Ich lasse jetzt über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer dafür ist, bitte das Handzeichen! – Das ist einstimmig.

Dann komme ich zu dem zweiten Änderungsantrag – zur zweiten Seite, dort unter c) dann aa). Ich lese den betreffenden Satz vor: „Kleine Anfragen sind durch das Bezirksamt grundsätzlich innerhalb von fünf Wochen schriftlich zu beantworten und dürfen nicht allein wegen ihres Umfangs zurückgewiesen werden.“ Darin soll nun das Wort „grundsätzlich“ durch „spätestens“ ersetzt werden. Wer für diesen zweiten Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist die AfD-Fraktion.

Nun lasse ich über den so geänderten Änderungsantrag – rote Nummer 3348 C – abstimmen. Wer dafür ist, bitte das Handzeichen! – Das sind die Koalitionsfraktionen und die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das sind die AfD- und die FDP-Fraktion.

Nun lasse ich über den gesamten Antrag der Koalitionsfraktionen abstimmen. Wer dem Abgeordnetenhaus die Annahme der Vorlage zur Beschlussfassung auf Drucksache 18/3283 mit den beschlossenen Änderungen empfehlen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen und die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das sind die AfD-Fraktion und die FDP-Fraktion. Damit ist die Vorlage angenommen. Es wird Dringlichkeit empfohlen. Die Berichte unter b) und c) werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 45 der Tagesordnung

Bericht SenUVK – I C 1 / VI E 21 – vom 07.05.2021
**Gebührenfreie Sondernutzungserlaubnisse und
Lärmschutzgenehmigungen für Veranstaltungen im
Sommer 2021**
(Berichtsauftrag aus der 86. Sitzung vom 03.03.2021)

[3379 P](#)
Haupt

in Verbindung mit

Punkt 46 der Tagesordnung

Bericht SenKultEuropa – II A Pr – vom 28.05.2021
Genehmigung von Open-Air Veranstaltungen
(Berichtsauftrag aus der 89. Sitzung vom 28.04.2021)

[3385 K](#)
Haupt

und

Punkt 60 der Tagesordnung

- a) Bericht SenStadtWohn – II C Jur 1 – vom 01.07.2020
**Erläuterungen zur Berücksichtigung der Belange
der Kreativwirtschaft, Clubkultur und Kultur im
Rahmen der stadträumlichen Entwicklung**
(Berichtsauftrag aus der 70. Sitzung vom 26.02.2020)
(in der 86. Sitzung am 03.03.2021 bis zur Beantwortung
der Fragen der CDU zurückgestellt)

[2599 D](#)
Haupt

- b) Bericht SenStadtWohn – II C Jur 1 – vom 19.05.2021
**Erläuterungsbericht zur Berücksichtigung der
Belange der Kreativwirtschaft, Clubkultur und
Kultur im Rahmen der stadträumlichen
Entwicklung**
**hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion der
CDU**
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 17.02.2021)

[2599 F](#)
Haupt

und

Punkt 64 der Tagesordnung

- a) Bericht SenWiEnBe – III B 21 – vom 05.05.2021
Sachstand Gesamtkonzept Soforthilfe 2021
**hier: Maßnahme Nr. 10 – Unterstützung der
Clubbranche**
(Berichtsauftrag aus der 87. Sitzung vom 17.03.2021)

[3385 I](#)
Haupt

(in der 91. Sitzung am 26.05.2021 zur Sitzung
am 09.06.2021 zurückgestellt)

- b) Bericht SenWiEnBe – III B 21 – vom 21.05.2021 [3385 J](#)
Maßnahme Nr. 10 – Unterstützung der Clubbranche Haupt
(Berichtsauftrag aus der 90. Sitzung vom 12.05.2021)

Vorsitzende Franziska Becker: Zu Tagesordnungspunkt 46 hat die CDU-Fraktion um die Anwesenheit einer politischen Vertretung des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg gebeten. Ich begrüße Frau Bezirksbürgermeisterin Herrmann. Hallo! – [Unruhe] – Was ist denn hier für eine Unruhe? – [Zuruf: Wir sind es nicht gewohnt, dass sich die Bezirksämter auf die Seite des Senats setzen! – Heiterkeit] – Und ich begrüße Frau Staatssekretärin Dreher, Herrn Staatssekretär Dr. Wöhlert und Frau Staatssekretärin Christoph! – Gibt es Wortmeldungen? – Herr Goiny – bitte!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank! – Ich arbeite mich jetzt so ein bisschen durch die aufgerufenen roten Nummern. Zunächst das Thema „Gebührenfreie Sondernutzungserlaubnisse und Lärmschutzgenehmigungen für Veranstaltungen im Sommer 2021“, und dazu hat uns die zuständige Verwaltung mitgeteilt, dass beabsichtigt ist, die Gebührenfreiheit auch in diesem Jahr anzuregen. Jetzt haben wir eine Weiterentwicklung, auch was die Pandemiesituation anbetrifft. Vielleicht können Sie uns ein kurzes Update geben, wie aktuell Ihre Einschätzung ist und ob die Bezirke davon jetzt auch Gebrauch machen bzw. ob Sie auch noch mal darauf hinweisen, dass es jetzt diese Regelung im Land Berlin gibt, damit wir auch mal wissen, in welchen Bezirken das dann auch so stattfindet.

Dann zum Punkt „Genehmigung von Open-Air-Veranstaltungen“. Das hatten wir mit der Kulturverwaltung diskutiert, und der Bericht ist ja da auch sehr ausführlich geworden. Ich möchte mich zunächst bei Herrn Staatssekretär Dr. Wöhlert bedanken, dass er noch mal sehr umfassend zu diesem Themenkomplex aufgeliefert hat. Wir hatten ja beim letzten Mal darüber diskutiert, dass wir mit den Bezirken noch mal reden wollen, die für diese Sommersaison, auch wenn es pandemiebedingt zulässig ist, grundsätzlich keine Open-Air-Veranstaltung genehmigen. Ich habe das jetzt so verstanden, dass hier der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg derjenige ist – das liegt mir auch schriftlich vor –, der gesagt hat: „Bis Ende September genehmigen wir keine Open-Air-Veranstaltung“, und zwar war die Mitteilung Ihrer Verwaltung, Frau Bezirksbürgermeisterin: Coronabedingt! – Wir haben gesagt, dass das nicht nachvollziehbar scheint, warum die Coronapandemie in Friedrichshain-Kreuzberg nach wie vor zu so besonders gravierenden Beschränkungen führt, und wollten Ihnen die Gelegenheit geben, das hier auch noch mal darzulegen, denn wir glauben, dass die Pandemie an der Stelle jetzt nicht als Begründung ausreicht.

Wir haben am Montag im Kulturausschuss auch darüber diskutiert, wo noch mal vonseiten der Clubcommission und der Senatskulturverwaltung, aber eigentlich auch von allen Fraktionen im Ausschuss gesagt wurde, dass sie sich da mehr coronakonforme Open-Air-Veranstaltungen in den nächsten Wochen und Monaten wünschen. Wir haben jetzt Sommerpause, und das heißt, dass das Parlament erst mal ein paar Wochen lang nicht tagt, und wir haben natürlich schon die Erwartungshaltung, dass hier die Verwaltung mit der Entwicklung Schritt hält und die entsprechenden Dinge auch genehmigt. Von unserer Seite also klar die Erwartungshaltung, dass natürlich auch in Friedrichshain-Kreuzberg Open-Air-Veranstaltungen im Rah-

men dessen, was hier in Berlin rechtlich zulässig ist, genehmigt werden und man sich nicht auf Corona zurückzieht, was im Übrigen auch bei den Betroffenen einen sehr merkwürdigen Eindruck macht.

Zu dem Vorgang, was die Stadtentwicklung anbetrifft: Ich glaube, das ist eine gute Grundlage, wo man auch noch mal weiter diskutieren kann, was das halt bedeutet, dass wir jetzt im Parlament diesen Antrag gemeinsam beschlossen haben, was die Anerkennung von Clubs als Kulturorten anbetrifft. Da vielleicht nur noch mal die Kommunikationsfrage auch in die Berliner Verwaltung, weil wir halt eben auch sehen, dass es teilweise bei der Polizei noch nicht so richtig angekommen ist. Da kommt es auf Stadtplanung gar nicht an. Also wenn da mal irgendwo laute Musik zu hören ist oder Ähnliches: So, wie sie teilweise gegen Orte der Clubkultur vorgehen, würden sie das sicherlich mit der Staatsoper nicht machen. Wenn das jetzt aber alles Kulturorte sind, wäre es ganz schön, wenn die Polizei in ihrem Ermessensspielraum solche Verhaltensweisen mit einbeziehen würde. Es gibt auch eine kleine Anfrage von mir, und da können Sie das noch mal im Detail nachlesen. Ich meine, da kann man auch die anderen Standorte noch mal in Ruhe diskutieren.

Was die Wirtschaftsverwaltung anbetrifft: Wir haben gerade nicht nach der Unterstützung der Clubbranche an der Stelle gefragt, denn dazu gibt es ja auch eine Förderung vonseiten der Senatswirtschaftsverwaltung, diese zusätzlichen 300 000 Euro, die da jetzt ausgereicht werden. Vielmehr war im Nachgang zu der Anhörung, die wir hier im Hauptausschuss hatten, die Frage nach der Unterstützung der Musikbranche. Also was passiert jetzt für die, die nicht Clubs betreiben, aber trotzdem in der Musikwirtschaft sind? Da hatten Sie, Frau Staatssekretärin, uns anfangs mal aufgeschrieben: Da gibt es keine gesonderten Programme. – Da haben wir gesagt: Na ja, aber wir haben ja Musikproduktion, wir haben Leute, die als Musikerinnen und Musiker in Unternehmen arbeiten, die Musikstudios haben.

Also die Musikszene in Berlin besteht ja aus mehr als nur aus Clubs, und Olaf Kretschmar von der Berlin Music Commission hat hier in der Anhörung hinreichend deutlich gemacht, wo da auch die Notwendigkeiten sind. Auf Nachfrage haben Sie gesagt: Da gibt es nichts weiter. – Da haben wir gesagt: Aber auch jetzt in Coronazeiten haben die doch deutlich gemacht, wo die Bedarfe sind – wie in anderen Verwaltungen auch. Wir haben das zum Beispiel mit der Senatskanzlei im Bereich der Film- und Medienförderung gut diskutiert, wo dann auch noch weitere Mittel im Rahmen von Hilfsprogrammen für die Filmförderung bewilligt worden sind. Und es war sozusagen der Auftrag an Ihre Verwaltung, da noch mal mit der Branche ins Gespräch zu kommen und zu gucken, wo coronabedingt oder postcoronabedingt – das haben wir ja heute auch schon mal diskutiert – noch weitere Unterstützungsbedarfe sind.

Dazu haben Sie in dem Bericht, den Sie uns vorgelegt haben, gar nichts geschrieben. Das war aber der Auftrag. Und deshalb möchte ich Sie doch bitten, dass Sie uns zum August dazu noch mal eine Fortschreibung machen und tatsächlich mal schauen, wo jetzt in der Musikwirtschaft in dieser Stadt coronabedingt noch weitere Unterstützungsbedarfe sind. Die sind ja aus der Branche adressiert. Also es ist ja nicht so, dass wir uns das hier ausdenken, weil wir Lust haben Geld auszugeben, sondern es sind ja auch direkt Folgen der Coronapandemie, wo man im Grunde genommen auch noch mal helfen müsste, und das haben wir mit unserer Anhörung hier, glaube ich, auch gut verstanden. Das, was Sie machen, mit „Stadt nach Acht“ und so, ist alles gut, und das war, wie gesagt, gar nicht das Thema, sondern das, was ich eben ausgeführt habe. – So weit erst mal! Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Meister – bitte!

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Ich möchte mich vorrangig auf die Vorlage der Kulturverwaltung beziehen, auf die rote Nummer 3385 K, und bin Herrn Dr. Wöhlert auch sehr dankbar, dass er das so genauestens ausgeführt hat. Ich muss allerdings gestehen, dass ich bei vertieftem Lesen irgendwann mal gedacht habe: „Das kann wirklich alles nicht wahr sein“, weil Sie hier sehr schön und genau beschreiben, wie in den Bezirken damit umgegangen wird: Das haben wir noch nie so gemacht. Da könnte ja ein jeder kommen. Das geht auf gar keinen Fall. – Das kann aber doch keine Reaktion auf so eine einschneidende Erfahrung wie die Coronapandemie sein.

Wenn wir sagen, dass jetzt der Sommer da ist und es vielleicht die Möglichkeit gibt, für unsere Kultur, sei es auch irgendwo für die Außengastronomie etwas zuzulassen – es gibt ja auch solche Mischformen zwischen Kultur, Schaustellern und ähnlichen Dingen, wo man also, ich sage mal, im Sommer ein soziales Miteinander zulassen möchte –, dann muss das doch möglich sein. Offensichtlich geht das dann, wenn „Fußball“ oben drüber steht. Wenn ich mir überlege, dass Berlin mal eine Stadt war – ich weiß gar nicht mehr, wie das genehmigt wurde, wenn ich das hier durchlese –, in der an dem einen Wochenende die Love Parade war, am nächsten Wochenende Hanfparade, dann Afrikaparade, und dann Fashion Week, dann frage ich mich, was hier heute passiert. Wahrscheinlich legen wir demnächst einen Vorgarten im Graefekiez an. Das ist ja ganz furchtbar.

Es geht ja auch nicht darum, dass einer sagt: Wir möchten das alles aussetzen, und bis Weihnachten ist nur Party! – So soll es ja überhaupt nicht sein, sondern es geht darum, dass wir nach einer Coronazeit gerade denen, die es besonders erwischt hat, ermöglichen, vielleicht mal eine Stunde länger beieinander zu sitzen. Es ist mir schon klar: Es wird den Anwohner geben, der dann erschreckend feststellt, dass er einen Biergarten in der Nähe hat, was er sonst immer ganz schön fand um, und dass es jetzt mal eine Stunde länger geht. Ja, aber der Biergarten muss ja auch überleben können. Da war ich ein Stück weit erschüttert und habe mich am Ende dieser Vorlage gefragt, ob es nicht vielleicht sinnvoll wäre, dann den ganzen Sommer als Demo anzumelden, weil das funktioniert ja immer.

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Dr. Schmidt – bitte!

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Da wir ja auch eine Bezirksvertreterin da haben, würde mich schon interessieren, welche Bedingungen und Voraussetzungen es braucht, damit diese Veranstaltungen auch vor Ort stattfinden können. Herr Goiny hat ja schon darauf verwiesen, wir haben ja schon die Beschlussfassung gehabt, bereits im April, mit dem Senatsbeschluss, dass die Bezirke auf die Sondernutzungsgebühren verzichten können. Da würde mich schon mal interessieren, welche Bezirke das umgesetzt haben. Und gleichzeitig gibt es ja die Möglichkeit, auf Gebühren bei der Umweltschutzgebührenverordnung zu verzichten, Emissionsschutz, Lautstärke, all diese Geschichten. Gibt es da Bezirke, die dort entsprechende Beschlüsse gefasst haben oder darauf verzichten, um tatsächlich die Bedingungen zu schaffen, dass die Kulturveranstaltungen draußen stattfinden können?

Damit wir nicht so sehr darüber diskutieren, was nicht funktioniert, würde mich auch mal interessieren – gerade in Richtung der Kulturverwaltung –: Gibt es denn Bezirke, die das um-

gesetzt haben? Und wie haben die das umgesetzt? Welche Voraussetzungen haben die geschaffen, dass es umgesetzt werden konnte?

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Wesener – bitte!

Daniel Wesener (GRÜNE): Danke schön! – Erst mal muss ich den Anwesenden leider mitteilen, dass das hier eine Zweitaufführung ist. Die Premiere war am Montag im Kulturausschuss, da haben wir das alles schon mal diskutiert, und da hat Herr Goiny auch dieselben Fragen gestellt – zum Teil –, und die wurden auch vom Kultursenator dahingehend beantwortet, dass er da teilweise falsch liegt oder meistens falsch liegt. Das hält ihn nicht davon ab, sie noch mal zu stellen. Aber ich glaube, Frau Meister, dass wir hier natürlich dergleichen immer wieder reinszenieren können, und wir kommen so nicht weiter.

Wenn man auf Landesebene Politik macht und sich mit Senatsverwaltungen unterhält, dann kann man sicherlich eines als Minimalkonsens voraussetzen, nämlich dass in Berlin immer die Bezirke schuld sind. Das stand von Anfang an fest, und das wird von Ihnen hier auch noch mal vorgebracht. – [Zuruf von Sven Heinemann (SPD)] – Und das ist auch so, sagt Kollege Heinemann. Ich kann Ihnen aus meiner Erfahrung sagen: Ja! Das ist übrigens auf der bezirklichen Ebene genau andersherum. Da ist man sich in einem Punkt immer einig, interfraktionell und mit dem Bezirksamt, nämlich dass die Landesebene schuld ist. Aber noch mal: Da kommen wir nicht weiter.

Frau Meister, ich habe fünf Jahre lang Bezirkspolitik gemacht, und ich habe mich mit genau den Themen fünf Jahre lang herumgeschlagen, von denen Sie hier reden, und zwar mit Anwohnerinnen und Anwohnern, die gesagt haben: Bei mir ist eh jeden Tag Open-Air –, ob jetzt im Görlitzer Park oder im Viktoriapark oder auf der Admiralbrücke. Jetzt bin ich wie Sie Kulturpolitiker und sage: Pandemie, Draußenkultur usw., da muss was gehen. – Wir haben vor einem halben Jahr im Kulturausschuss diese Diskussion geführt, und ich habe gesagt: Das wird nie funktionieren, wenn man da nicht anders rangeht, wenn man nicht gemeinsam von vornherein zentrale Plätze ausmacht, wo Rahmenbedingungen vorliegen, wo dergleichen klappt, und wo man es eben nicht dem üblichen Pingpong innerhalb der Bezirksämter, zwischen Land und Bezirken überlässt. Wir tun hier übrigens immer so, als ob die Genehmigungsbehörden ausschließlich bezirkliche wären, sind sie nicht. Wir haben eine Verkehrslenkung dabei, wir haben teilweise die Polizei, die involviert ist, und wir haben – da habe ich Herrn Lederer am Montag im Kulturausschuss nicht widersprochen – teilweise den Denkmalschutz. Das ist in der Tat so, die obere Denkmalbehörde ist es selten, aber ich kann Ihnen sagen: Mariannenplatz, Rondell, denkmalgeschützt! Also die untere Denkmalschutzbehörde ist auch gerne dabei und so weiter und so fort. – So wird das nichts.

Wenn man so etwas mit Ansage auflegt, dann kann man sich natürlich ein halbes Jahr später bestätigt fühlen. Ich kann nur sagen, dass wir die Chance verpasst haben, es diesmal anders anzugehen. Glücklicherweise haben es einige, und Frau Schmidt hat darauf verwiesen, genau so versucht, es gibt ein paar zentrale Orte, und es gibt einige Bezirke, unter anderem Friedrichshain-Kreuzberg, wo man gemeinsam etwas hinbekommen hat.

Dass uns das in der Summe nicht zufriedenstellen kann, da bin ich völlig bei Ihnen, aber ich glaube, da wird man ein bisschen mehr Grips verwenden müssen, als mit dem Zeigefinger auf diejenigen zu zeigen, die – das sage ich jetzt einfach mal so zugespitzt – auch ihren Job ma-

chen. Ein Ordnungsamt, ein Grünflächenamt, eine untere Denkmalschutzbehörde, eine Straßenverkehrsbehörde usw., die machen im Zweifelsfall ihren Job, wenn die sagen: Nein, das geht nicht!

Für mich war diese Veranstaltung am Montag ziemlich frustrierend, weil ich dachte: Na super, das ist hier wie eine Zeitreise. Hoffentlich sind wir in ein paar Jahren ein bisschen weiter. Ich fand aber eine Sache interessant, und zwar hatte dort eine Anzuhörende, die vielleicht noch mehr als wir alle zusammen behaupten kann, dass sie weiß, wovon sie spricht, Pamela Schobeß, bekannt als Vorsitzende der Clubkommission bzw. als diejenige, die das „Gretchen“ betreibt, auf freundliche Art und Weise auch versucht, Herrn Goiny zu erklären, dass er falsch legt, und hat gesagt, er möge doch bitte nicht irgendwie die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Bezirksämter – – die seien durchaus sehr bemüht. Ihrer Meinung nach gebe es eigentlich den einen großen Hebel, und das sei die TA Lärm. Das war die Aussage. Wir haben das Wortprotokoll noch nicht vorliegen, aber Sie waren ja dabei, Frau Meister!

Also die TA Lärm! Da würde mich jetzt interessieren: Ist das so? Und wenn ja, was kann man da machen? Denn das entspricht auch meiner Erfahrung. Wir haben da die buntesten Konfliktlagen, so bunt wie Berlin ist, und dementsprechend sind da auch die unterschiedlichsten Akteure und Akteurinnen, auch nicht immer nur seitens der öffentlichen Verwaltung, sondern auch die Zivilgesellschaft spielt da gerne mit, mit Verbänden usw. usf. unterwegs. Aber in 80 Prozent der Fälle geht es um Lärm, ob das die berühmten Partys in der Hasenheide sind oder ob das die Veranstaltung an den Ufern sind. Seitdem weiß ich auch, dass Wasser ein besonders guter Lärmträger ist. In 80 Prozent der Fälle geht es um Lärm. Deswegen vielleicht doch mal ein Angebot, etwas zu diskutieren, was möglicherweise in die Zukunft weist: TA Lärm – Frage: Wie kommen wir da ran? Was müssen wir da tun? Was haben wir dafür Chancen? Hat Frau Schobeß vielleicht völlig Unrecht, und Sie sagen: „Nein, die ist es nicht, die TA Lärm, es gibt ganz andere Hebel“? Ich halte das auf jeden Fall für produktiver, als sich hier abzuarbeiten an Leuten, die entweder ihren Job machen oder im Rahmen von Recht und Gesetz handeln oder, ja, in einigen Fällen auch nicht das Engagement aufweisen, was wir uns wünschen. Das ist völlig richtig, aber das alles zusammen wird nicht reichen, Herr Goiny, um in dieser Stadt eine echte Ermöglichungskultur zu etablieren.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Förster – bitte!

Stefan Förster (FDP): Ich will jetzt gar nicht zu der Frage Stellung nehmen, ob das am Montag die Erst- oder Zweitaufführung war oder ob das möglicherweise die Generalprobe war und heute die Premiere ist. Das kann ja auch sein. Aber wenn man den Spielort mal wechselt, dann will ich auch sagen: Kollege Goiny und ich, wir sind ja auch Medienpolitiker, und wir kennen das Problem mit nicht erteilten Genehmigungen auch gerade im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, gerade im Medienbereich. Wir haben letztes – und da sind wir beim Thema Kreativwirtschaft, gerade die Filmwirtschaft ist ja für Berlin ein bedeutender Standortfaktor – noch mal sehr deutlich adressiert bekommen, auch vom Medienboard erst kürzlich, dass es eine ganz unterschiedliche Genehmigungspraxis, was die Drehgenehmigung betrifft, gibt. Also wenn ein Dreh über vier verschiedene Bezirke geht, gibt es vier verschiedene Anforderungen, und Friedrichshain-Kreuzberg ist immer dabei, wenn es um das Nichtgenehmigen geht. Das wurde uns noch mal ganz deutlich adressiert.

Auch Herr Staatssekretär Gaebler war da sehr ungehalten und hat noch mal darauf verwiesen, dass dieser Beschluss zur „Filmstadt Berlin“ auch mal von diesem Haus und vom Senat getätigt wurde, den es ja nach wie vor gibt und der auch noch mal erneuert werden sollte. Es kann nicht sein, dass so eine wichtige Kultur- und Kreativbranche wie die Filmwirtschaft da in Größenordnungen behindert wird. Wie gesagt, da ist auch von den Filmemachern ganz klar Friedrichshain-Kreuzberg adressiert worden. Daran ist nicht die TA Lärm schuld, sondern generell auch ein Unwillen, entsprechend Genehmigungen zu erteilen, Frau Bezirksbürgermeisterin, und das ist dann auch nicht hinnehmbar.

Es gab ja früher mal den besonnenen und guten Senator Wolf, der in früheren Jahren mal die Idee der One-Stop-Agency hatte, also ein Ansprechpartner für alle, und es kann mir auch keiner erzählen, warum man in London oder Paris zentral Filmgenehmigungen erteilen kann, aber in Berlin zwölf Bezirke das machen, die das dann zwölfmal unterschiedlich auslegen und sagen: Das geht irgendwie nicht. – Das kann keiner erklären, und das ist auch nicht notwendig und möglich. Ich will noch mal ganz klar sagen: Es ist nicht nur der Lärm, es sind auch andere Dinge, die nicht funktionieren, und gerade beim Thema Film kann man das deutlich adressieren.

Vorsitzende Franziska Becker: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen seitens der Fraktionen vor. Jetzt meine Frage an den Senat, wer anfangen möchte. – Ich schlage vor, Herr Wöhlert. – Bitte!

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa): Frau Vorsitzende, ich kann gerne anfangen, obwohl ich es angesichts des Anfangsbuchstabens meines Nachnamens gar nicht gewohnt bin, als Erster dranzukommen.

Vorsitzende Franziska Becker: Sie können das auch untereinander anders klären.

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa): Nein, nein, ist in Ordnung. – Ich will auf ein paar Sachen gerne eingehen. Ich will mit dem anfangen, was Herr Wesener sagte: Natürlich wäre es ein Gedanke, man identifiziert zentral zentrale Flächen. Das geht in so einer kleinteiligen und auch feingliedrigen Stadt wie Berlin, die auch so dezentral organisiert ist, nicht immer gut. Wir haben jetzt den anderen Weg gewählt, zusammen mit der Umweltverwaltung, der Verkehrsverwaltung, der Clubcommission und doch zahlreichen, sehr engagierten Bezirksvertretern unterschiedliche Formen von Listen zusammenzustellen, und die werden dann irgendwann in ein paar Tagen, wenn da technische Probleme behoben sind, auch auf einer Website zu sehen sein – mit entsprechenden Ansprechpartnern usw.

Diese Listen kann man in zwei große Kategorien einteilen. Einmal sind das Listen, wo wir Flächen in der Stadt mithilfe der Clubcommission, aber auch, wie gesagt, mithilfe der Bezirke identifiziert haben, wo man dauerhaft und temporär Veranstaltungen fahren kann und wo dann auch für diese jeweiligen Orten – die sind also in Treptow, in Pankow, in Friedrichshain-Kreuzberg, in Mitte, noch mal in Treptow, in Köpenick, in Marzahn, in Hellersdorf, im Spreepark – zumindest so eine Art Vorgenehmigung erteilt wird, die sagt: Hier kann man laut sein, hier kann man leise sein, von zum Beispiel 8 bis 10 Uhr und dann wieder von 3 bis 4 Uhr. – Und da gibt es sogenannte Host-Kollektive, das heißt, da sind Menschen dafür zuständig, Ansprechpartner, es gibt Toiletten, es gibt Strom, und es gibt Elemente, aus denen man sich eine Bühne zusammenzimmern kann. Die Bühne bleibt stehen, wenn das für dauerhafte

Veranstaltungen genehmigt wurde, und sie muss wieder abgebaut werden, wenn man jede einzelne Veranstaltung fährt. Das richtet sich halt nach den jeweiligen Genehmigungsbestimmungen des Bezirkes. Das ist dann so.

Und dann werden wir eine zweite Kategorie von Flächen veröffentlichen. Da haben wir bei den Bezirken abgefragt: Was habt ihr, und was kann man da machen? – Auch diese Liste wird jeden Tag lang und länger, und da sind es dann wieder vor allem Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf, die relativ viel gemeldet haben, aber auch Tempelhof-Schöneberg, Treptow-Köpenick, wo Flächen identifiziert werden und gesagt wird: Okay, hier darfst du laut sein, hier kannst du leise sein. – Die sind dann aber nicht kuratiert, also da gibt es dann keine Gastgeber. Aber wir werden auch Ansprechpartner, mit deren Wissen und Willen, veröffentlichen, mit E-Mail-Adressen, Telefonnummern, sodass zumindest der Weg zur Genehmigung leichter wird als zu normalen Zeiten.

Wenn wir über Pandemie reden, dann muss man auch bedenken, dass natürlich auch die Bezirksverwaltungen irgendwann am Limit sind. Das hat auch ein wenig mit der Genehmigungspraxis zu tun. Wenn ich allein in die Kulturämter gucke, die dann eben den Gesundheitsämtern ausgeholfen haben etc. pp., so geht das auch an den Leuten nicht spurlos vorüber, und die Stapel mit den zusätzlichen Aufgaben wachsen. Das muss man vielleicht an der einen oder anderen Stelle auch mal sagen.

Natürlich kann man dieses Zuständigkeitsproblem nur abmildern, aber um das kann man nie vollständig herum arbeiten. Wenn das gut läuft zwischen den einzelnen Stadträten und den einzelnen Ämtern, dann ist da auch einiges möglich, und wenn es dann in dem einen oder anderen Bezirk diese Einigkeit nicht gibt oder unterschiedliche, jeweils aus den Ressorts durchaus verständliche Sichtweisen gibt, dann dauert das eben eine Weile, bis man einen Kompromiss hinbekommt. Das ist ein zeitraubender Prozess.

Wir haben versucht, von diesem Zeitraubenden so viel wie möglich nach vorne zu ziehen, also jetzt schon erledigt zu haben, sodass dann der Schlussschritt oder der Schlussstein, der dann gesetzt wird – und das ist die konkrete Genehmigung, und das ist in Berlin so geregelt, dass jede Veranstaltung eine eigene Genehmigung braucht, dass es keine Pauschalgenehmigungen gibt –, dass also die Genehmigung dann möglichst schnell und zuverlässig erteilt werden kann, vor allem dann, wenn wir es auch noch aus einem Millionentopf, dem sogenannten Call for Action fördern. Da wollen wir – wir werden dann sehen, mit der Abrechnung, ob das geklappt hat – eigentlich mit der Zusage auch schon die Genehmigung mit rüberreichen können, weil das eben entsprechend vorbesprochen ist, wenn der Antrag entsprechend passt. – So weit!

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Wer möchte jetzt weiter die Fragen beantworten? – Bitte, Frau Dreher!

Staatssekretärin Barbro Dreher (SenWiEnBe): Frau Vorsitzende! Werte Abgeordnete! Herr Goiny! Wir haben tatsächlich in vielen Sitzungen schon berichtet über sämtliche unserer Programme, und wir haben sogar jetzt in der letzten Zeit auch noch das tatsächliche Härtefallprogramm aufgelegt, wo wir gesagt haben: All diejenigen, die bislang noch nicht von all den unterschiedlichen Programmen profitieren konnten, haben hier noch mal eine Möglichkeit, für ihre Ausfälle usw. Anträge zu stellen. – Das ist im Mai an den Start gegangen, und ich kann

sagen, dass da bis heute noch kein Antrag vorliegt. Aber ich glaube, wir haben inzwischen alle erfasst, alle Möglichkeiten, die wir fördern können – Umsatzausfälle, Neustarthilfen, Programmhilfen, Härtefallfondshilfen, mit denen wir nur in Berlin sogar ergänzt haben. Wir haben in Berlin sogar die Neustarthilfen ergänzt, die der Bund ausgereicht hat – für den Neustart, was ja auch allen Soloselbständigen zusteht und den Unternehmen mit bis fünf Mitarbeitern bzw. Mitarbeiterinnen. Insofern wüsste ich gar nicht, wer noch fehlt.

Wir haben mit dem letzten Fonds, der aufgelegt worden ist, überlegt: Stürmen sie uns jetzt die Bude, oder kommt gar nichts mehr? – Jetzt läuft das Programm 19 Tage, und es ist noch kein Sturm bei der IBB eingegangen. Ich glaube schon, dass es natürlich immer noch Möglichkeiten gibt, irgendjemanden zu finden, der nicht in der Lage war, einen Antrag zu stellen, oder der nicht weiß, wo er den Antrag stellen kann, aber auch da haben wir gegebenenfalls, wenn uns E-Mails erreicht haben, immer geantwortet: „Für dich bzw. für Sie passt das Programm XY oder AB. Die Antragsfrist läuft noch bis zum 30. Juni oder bis zum 31. August“, je nachdem, welches Programm dann passend für die Veranstalterin oder den Veranstalter oder eben jemanden ist, der seinen Club oder seine Musikanlage noch aufbessern muss oder seinen Raum noch mit einer Lüftungsanlage ausstatten muss. Also wir haben wirklich alles. Wir haben „Berlin Invest“, wo gegebenenfalls neue Investitionen gefördert werden können. Mir fällt wirklich niemand mehr ein, der sich jetzt an uns gewandt hat und gesagt hat: Ich bin leider einer, der durch sämtliche Programme durchgefallen ist, ich habe noch nichts bekommen.

Und zu den freien Plätzen will ich nur noch sagen: Wir haben ja diese Kulturabfrage sogar ergänzt, sodass wir unsere Landesunternehmen noch mal abgefragt haben nach Möglichkeiten der Bespielung. Wir hatten sofort natürlich auch die Messe dabei mit dem Sommergarten und haben gesagt: Wenn der Sommergarten bespielt werden soll – – Ich kann nur sagen, dass es da Regeln gibt, die das Bezirksamt, nicht Kreuzberg, sondern Charlottenburg-Wilmersdorf, aufgestellt hat, die eben sagen: So und so oft im Jahr darf da etwas stattfinden und um diese und diese Uhrzeit, aber bitte nicht nachts oder abends, weil dann eben die Bewohnerschaft Eichkamp – – Wir haben auch noch mal das Olympiastadion oder das Maifeld, die Waldbühne – all das ist abgefragt –, und das Einzige, was mir eben noch eingefallen ist, das ist der Festplatz. Aber da könnte man den Bezirk Mitte fragen. Ich glaube, der gehört zu Mitte.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Streese – bitte!

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich würde auf zwei Aspekte kurz eingehen, zum einen auf die Frage, ob die Sondernutzungsgebühren weiter erlassen werden dürfen bis Ende des Jahres. Der Senat hat das besondere öffentliche Interesse Berlins für Veranstaltungen festgestellt und bis Ende 2021 den Bezirken diese Möglichkeit eingeräumt. Darüber, inwiefern die im Einzelnen davon Gebrauch machen, liegt uns als Senat keine Übersicht vor. Es beginnen ja auch gerade erst die Veranstaltungssaison und die Lockerungen nach Corona. Vielleicht können ja gleich noch andere Aspekte dazu genannt werden.

Der zweite Aspekt: Herr Abgeordneter Wesener sprach den Hinweis auf die TA Lärm an, der grundsätzlich sehr richtig ist. Für Freizeitlärm und andere wenige Bereiche gilt die TA Lärm nicht, aber so in der pauschalen Aussage ist das schon richtig. Das ist eine bundesrechtliche Regelung, auf die man natürlich als Land Einfluss haben kann – aber erst mal ist es Bundesrecht –, die in den meisten Fällen tatsächlich zur Anwendung kommt. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Jetzt Frau Herrmann – bitte!

Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (BA Friedrichshain-Kreuzberg): Herzlichen Dank für die Einladung! – Herr Goiny! Sie zitieren etwas, was wir mit den Beschwerdeführern schon vor vielen Monaten, glaube ich, geklärt haben. Wir haben in der Tat, als die Inzidenzwerte sehr stark anstiegen und immer mehr Personen Anträge bei uns gestellt haben, aber alle Regeln, die das Land Berlin – sprich: das Abgeordnetenhaus – beschlossen hatte, nicht eingehalten wurden, geschrieben, dass wir die Genehmigung nicht erteilen, solange die Pandemie anhält – wir sind damals von September ausgegangen –, wir uns aber nach den Richtlinien des Landes Berlin richten. Das haben wir auch mit den Leuten besprochen. Normalerweise ist ein Antrag abgelehnt, und wenn dann die Lockerung da ist, müssen die Leute wieder neu beantragen. Sie wissen, das geht nicht von heute auf morgen; dann haben Sie wieder diesen Prozess, der von vorne anfängt. Ich habe schon vor vielen Monaten die Entscheidung getroffen und die Order ausgegeben, dass wir dann zwar sagen: Nein, wir können jetzt nicht genehmigen für den Zeitraum März, April, Mai, aber wir halten den Antrag sozusagen bei uns; er ist nicht abgelehnt im Sinne von abgelehnt. Wenn die Inzidenzwerte wieder sinken, ist er im Grunde wie bereits gestellt, und wir müssen dann die Wartezeit nicht berücksichtigen. – So haben wir das gelöst, und ich hoffe, dass wir das auch umgesetzt bekommen, denn Sie können sich natürlich vorstellen, dass jetzt ganz viele Anträge eingehen.

Warum wird da sehr vorsichtig waren, unabhängig von der Beschlusslage des Abgeordnetenhauses oder des Landes Berlin, war, dass man sich aus der Not heraus – und da bin ich ganz bei Ihnen, auch bei Frau Meister –, sozusagen aus der Angst, wirtschaftlich alles zu verlieren, mit seinen Veranstaltungen auch überschätzt hat, also die Idee hatte, man kriegt das schon irgendwie hin. Wir haben also die Unternehmen, die Angst um ihre Existenz haben, und wir haben bzw. hatten – ich muss ja in der Vergangenheit sprechen, es sieht jetzt ja viel besser aus – Menschen, die wieder unglaublich gerne Kultur genießen wollten. Wenn uns dann ein Antragsteller sagte: Macht euch keine Sorgen! Mehr als 30, 40 Leute werden in den Görlitzer Park nicht kommen –, so hätte er das nicht garantieren können. Deswegen haben wir damals etwas restriktiver gehandelt, aber immer mit der Aussicht, dass wir das, sobald die Inzidenz sinkt, positiv bewerten wollen.

Vorgarten Graefekiez – danke für das Stichwort! Ich hätte es fast vergessen. In der Tat ist der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg der Erfinder der sogenannten Coronaterrassen, die wir bereits im letzten Jahr eingerichtet haben. Man kann sich über das Onlineverfahren [fixmyberlin.de](https://www.fixmyberlin.de) sowohl als Gastronom, Gastronomin, aber auch als Anbieter, Anbieterin eines sozialen oder kulturellen Events bewerben und bekommt dann unter anderem Parkflächen oder Raum im ruhenden Verkehr. Das war uns im letzten Jahr deswegen sehr wichtig, weil es auch da natürlich ums Überleben ging. Sie wissen, dass im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg viele Menschen von der Gastronomie oder von kulturellen Einrichtungen leben; das ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, auch was die Arbeitsmaßnahmen betrifft. Als die Inzidenzwerte letztes Jahr zum Sommer hin wieder ein bisschen runtergingen, stellten alle alles heraus, was nur ging. Dann hatten wir die Konfliktsituation mit den Leuten, die die Gehwege entlanggehen wollten, mit Rollstuhlfahrenden etc. Deswegen haben wir gesagt: Ihr dürft es auf den Gehwegen nicht erweitern, dafür erweitern wir den Gehwegraum praktisch in den Straßenraum hinein. – Das hat gut funktioniert. Das Programm haben wir wieder aufgenommen. Auch dafür ist das Onlineverfahren seit längerer Zeit wieder freigeschaltet.

Die Gebührenfreiheit setzen wir dank des Schreibens und der Entscheidung des Senats um. Dafür sind wir sehr dankbar, weil wir natürlich nicht nur die großen Unternehmen haben, die

Kaffeeketten – Sie wissen, was ich meine –, sondern auch den kleinen Kneipier, der letztendlich keine großen Sprünge machen kann.

Wo man noch mal unterscheiden muss, weil das Thema Lärm usw. angesprochen wurde: Zu den großen Partys sind wir schon seit vielen Wochen und Monaten sehr gut mit der Clubcommission im Finden und Suchen von Orten, wo man sie machen kann. Für den Innenstadtbezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist das etwas schwierig, denn wir sind der am dichtesten besiedelte Bezirk; auf einem Quadratkilometer leben ca. 1 500 Anwohnende. Es ist also sehr eng, und wir bzw. die Veranstalter/-innen kommen sehr schnell ans Limit, weil da tatsächlich die Lärmschutzverordnung gilt. Deswegen suchen wir Orte und probieren Dinge aus. Ich bin aber ganz optimistisch, dass wir das gut hinbekommen.

Dann haben wir die Situation der Grünflächen. Es gibt Leute, die Friedrichshain-Kreuzberg gerne als den Ort der Hölle beschreiben, es gibt aber auch wahnsinnig viele Leute, die diesen Bezirk unheimlich cool finden. Eine Party, die in Friedrichshain-Kreuzberg stattfindet, lässt sich insofern deutlich leichter verkaufen als eine Party an eventuell anderen Orten; das dürfen wir nicht vergessen. Deswegen wollen viele die großen Partys und Events bei uns machen. Nehmen wir die Parkanlagen. Ich kann Ihnen sagen – ich bin ja hier im Hauptausschuss, es geht hier ums Geld –: Sie müssten den Grüntitel des Bezirks wahrscheinlich verzehnfachen, um die Schäden zu beseitigen, die entstehen, wenn große Partys in den Grünanlagen stattfinden. Deswegen sagen wir: Große Partys nicht auf den Grünflächen!

Ich war sehr dankbar, dass man mit zentralen Orten im Land Berlin angefangen hat – Tempelhofer Feld, der Festplatz, wo früher das deutsch-französische Volksfest etc. stattgefunden hat; ein paar davon haben wir. Ich glaube, es ist auch kein Zufall, dass gerade die Außenbezirke – und da war ich meinen Kollegen Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen von Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg und Pankow sehr dankbar – geguckt haben, wo sie Außenflächen haben, wo das Problem Lärmbeschwerden nicht so exzessiv auftritt; ich glaube, Spandau ist inzwischen auch dabei. Das ist bei uns im Bezirk sehr schwierig.

Neben den Lärmbeschwerden gibt es auch Beschwerden über Müll. Ich weiß nicht, wo Sie wohnen, aber ich kann Ihnen sagen, ich habe jeden Tag sehr, sehr viele Beschwerden, was nächtlichen Lärm betrifft – die Admiralbrücke ist nur ein Stichwort –, und ich habe massenhaft Beschwerden, was das Müllaufkommen betrifft. Einige von Ihnen wissen, ich bin eine große Verfechterin der Idee, dass die BSR ganz Berlin sauber macht und hier nicht dieses Pingpongspiel stattfindet. Ich bin im Beirat der BSR, und insofern kann ich Ihnen berichten: Selbst die BSR, wird da, wo sie zuständig ist, dem Müllproblem nicht mehr Herr, und die Bezirke auch nicht. Es ist nicht nur der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, die BSR ist da eigentlich deutlich in ihrer Aussage, dass es in ganz Berlin ein Riesenproblem ist. – Dieses miteinander auszuwägen ist, glaube ich, der Punkt: das wirtschaftliche Überleben absichern, aber auch die Anwohnenden zu ihrem Recht kommen lassen.

Zu den Drehgenehmigungen: Vor Corona, kann ich Ihnen sagen, gab es, glaube ich, keinen einzigen Tag im Jahr, wo nicht irgendein Film gedreht wird. Wir genehmigen keine Filmaufnahmen in Grünanlagen. Wenn Sie die Karl-Marx-Allee kennen, da gibt es den Rosengarten, der gerade mit sehr viel Geld saniert worden ist. „Babylon Berlin“ wollte unbedingt da rein, und da haben wir gesagt: Nein, so einfach geht das nicht. – Wir haben einen Kompromiss gefunden, aber es geht eben auch nicht alles, was gewünscht ist. Es tut mir leid, da müssen

wir schon noch ein bisschen schauen. Wir bemühen uns da, wo es geht, das kann ich Ihnen garantieren, aber es geht eben nicht immer da, wo es gewünscht ist. Da aber, wo es geht und gewünscht ist, da kommen wir in der Regel auch zusammen. – Danke schön!

Vorsitzende Franziska Becker: Jetzt habe ich Herrn Zillich und dann Herrn Goiny auf der Liste – bitte!

Steffen Zillich (LINKE): Ohne, dass ich jetzt ganz intensiv die Vorlagen gelesen habe, und auch im Kulturausschuss konnte ich leider nicht zugegen sein, so scheint aber das, was der Kollege Wöhlert als Programm dargestellt hat – wo ja offensichtlich das, was der Kollege Wesener gefordert hat, nämlich dass gemeinsam mit den Bezirken Plätze ausgemacht worden sind und es einen gemeinsamen Prozess mit den Bezirken und anderen Verwaltungen gab, der jetzt irgendwie starten soll –, etwas zu sein, was jetzt relativ schnell an den Start gehen soll, wenn ich es richtig verstanden habe. Da würde mich, wo wir die unterschiedlichen Verwaltungen und Ebenen hier haben, prophylaktisch interessieren, was an dem Prozess nicht funktionieren wird, damit man eine Einschätzung hat, was vielleicht nicht bedacht worden ist. Für mich hat sich das jetzt so angehört, als wenn es funktionieren müsste, jenseits der Fragen von Lärm möglicherweise, die darin nicht geregelt sind – oder vielleicht ja doch geregelt wurden. Wenn es irgendwelche Gründe gibt, würde ich sie gerne vorher hören wollen.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Ich will es gar nicht mehr so lang machen. Ich habe mich inzwischen daran gewöhnt, dass der Kollege Wesener seine Redebeiträge immer damit verbinden muss, dass er Leute, die eine andere Meinung haben, persönlich diffamiert. Darauf will ich jetzt gar nicht weiter eingehen. Vielleicht nur der Hinweis: Am Montag im Kulturausschuss hat er gesagt, wir müssen das alles nicht so ausführlich diskutieren – weil der Hinweis auf lange Redebeiträge kam –, wir haben am Mittwoch noch die Debatte im Hauptausschuss, da können wir sie ja fortsetzen. – [Daniel Wesener (GRÜNE): Das stimmt! – Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Da ist auch der Kollege Schneider da, wurde dann noch dazwischengerufen. – Das nur mal zur Richtigstellung.

Ich hatte auch nicht die Gelegenheit, am Montag im Kulturausschuss, wo ich übrigens nur vertretungsweise reingeraten war, mit der Frau Bezirksbürgermeisterin aus Kreuzberg über die Dinge zu diskutieren. – Ich möchte mich bedanken, dass Sie das hier aus Ihrer Sicht klar gestellt haben. Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, wäre meine Nachfrage, dass es aufgrund der jetzigen Infektionslage und der sonstigen Rahmenbedingungen auch in Friedrichshain-Kreuzberg wieder möglich ist, Open-Air-Kulturveranstaltungen genehmigt zu bekommen? – [Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann nickt.] – Dann hat sich das ja gelohnt.

Im Übrigen hatten wir nur darum gebeten, dass Sie heute herkommen für den Fall, dass sich diese Situation noch nicht so darstellen sollte. Ich weiß nicht, wie das kommuniziert wurde. – [Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann: Ach so! Ich sitze seit 13 Uhr hier!] – Ja, ich wollte nur mal sagen: Wenn Sie sagen, es ist alles wieder okay, dann hätten Sie gar nicht kommen müssen. Wir haben gesagt, es sollen nur die herkommen, bei denen es immer noch nicht funktioniert. Deswegen war unsere Erwartungshaltung an der Stelle eine andere. Aber es war vielleicht auch ganz gut, dass Sie das noch mal alles darstellen konnten, weil es natürlich – und das ist ja richtig, die Dinge sind nicht eindimensional – auch Probleme gibt, die mit

Kulturveranstaltungen, mit feiernden jungen Leuten zu tun haben; das ist ja völlig klar. Da haben Sie auch eine schwierige Aufgabe. Auch zu unseren Regierungszeiten haben wir mit vielen Kolleginnen und Kollegen aus dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg an vielen Punkten ganz pragmatisch zusammengearbeitet, und es ist völlig richtig, man muss immer auch nach einem Ausgleich suchen.

Wir müssen, glaube ich, wirklich mal gucken, was wir im Lärm- und Immissionsschutzbereich rechtlich regeln können. Da hat der Kollege Wesener aus meiner Sicht ein richtiges Thema angesprochen; das zieht sich auch durch die Vorlage der Kulturverwaltung, die Frau Meister schon adressiert hat. Das ist eine Kultur des Ermöglichens unter dem Ausgleich der Interessen von Anwohnern, die natürlich Gefahr laufen, belästigt zu werden. – [Zuruf von Torsten Schneider (SPD)] – Lieber Torsten Schneider! Ich habe die Erfolge der SPD-Kulturpolitik in dieser Wahlperiode in der Bilanzbroschüre der Fraktion nachgelesen; da wurde das groß gefeiert. Ich war ganz überrascht, dass da V.i.S.d.P. Torsten Schneider stand. Insofern berufe ich mich bei meinem Engagement für Kreativ- und Kulturwirtschaft jetzt immer auch auf den Fraktionsgeschäftsführer der SPD, der das öffentlich als Erfolg verkauft. – Ich glaube, es ist wirklich wichtig für die Stadt: Wir müssen gucken, was rechtlich geht, was mit moderner Technik geht. Es gibt inzwischen Möglichkeiten, mit Bassauslöschungsboxen Schallwellen auf bestimmte Veranstaltungsbereiche einzuengen. – Wenn wir da, Frau Kollegin Dreher, auch noch mal das Thema Wirtschaftsförderung adressieren: Die Veranstalter haben neulich mit dem Kultursenator diskutiert; da wurde gesagt: Ihr seid Wirtschaft, dafür bin ich nicht zuständig. Das macht die Wirtschaftsverwaltung. – Da wundert mich, dass Sie von denen noch nichts gehört haben. Bei der Messe sind die ganzen Messehallen aufgeständert, darunter sind riesige leere Flächen, die man natürlich auch als Veranstaltungsorte nutzen kann.

Wir gehen davon aus – das, lieber Kollege Wesener, hat am Montag der Kultursenator gefordert –, dass am 18. Juni das Tanzverbot durch Senatsbeschluss aufgehoben wird. Wenn alle hier anwesenden Verwaltungen jetzt nicht widersprechen, sehe ich dafür schon mal eine Mehrheit im Senat, weil ja genug Verwaltungen hier sind. Dann haben wir zumindest auch ein konkretes Ergebnis an dieser Stelle, das wir zu Protokoll nehmen.

Ich hatte der Vorsitzenden vorhin schon gesagt – das hatte ich leider vergessen –, dass ich zu diesem Punkt gerne ein Wortprotokoll hätte – [Lachen von Torsten Schneider (SPD)] –, damit wir das noch mal nachlesen können und der Kollege Schneider das in seiner nächsten Bilanzbroschüre noch besser verwerten kann. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Wir haben noch 20 Tagesordnungspunkte vor uns, und wir werden auch noch eine längere Pause machen. Wir sagen immer alle, wir fassen uns kurz. Das geht nicht immer, auch wenn wir es natürlich immer versuchen. Ich möchte trotzdem bitten, hier mit dem nötigen Ernst zu diskutieren und zu reden. – Wer von Ihnen möchte die Fragen beantworten? Ich glaube, Frau Dreher war adressiert – bitte!

Staatssekretärin Barbro Dreher (SenWiEnBe): Ich habe nur eine ganz kleine Ergänzung zu dem Beitrag von Herrn Goiny, Frau Vorsitzende, wenn ich darf. – Für die Veranstalter haben wir den Veranstaltungsfonds, den wir jetzt gerade zusammen mit der Kulturverwaltung aufgelegt haben, sodass auch die Veranstalter von kulturellen Veranstaltungen etwas bekommen,

bzw., falls sich die Pandemiezahlen doch wieder verändern, eine Ausfallsicherung haben. Auch dafür ist dann also gesorgt.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Wöhlert, bitte!

Staatssekretär Dr. Torsten Wöhlert (SenKultEuropa): Ich will noch kurz auf die Frage von Herrn Zillich eingehen, ob es funktioniert. Das werden wir dann sehen, wenn die ersten Veranstaltungen gelaufen sind. Wir sind relativ optimistisch, dass das auf den Flächen, die wir identifiziert haben, funktionieren wird. Das heißt nicht, dass jede Veranstaltung, die da kommt und eine Genehmigung haben will, eine kriegen wird, aber zumindest wird man in den Bezirksämtern nicht überrascht sein, dass sie Anträge für diese Flächen bekommen. Damit denken wir auch, dass sich der Prozess etwas beschleunigen wird. Das ist auch nicht kurzfristig vorbereitet; wir werkeln seit ungefähr einem halben Jahr daran.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, dann sind die Berichte zur Kenntnis genommen.

[Unterbrechung der Sitzung von 19.18 Uhr bis 19.40 Uhr]